

Liebe Genossinnen und Genossen,

die folgende Berichterstattung wurde durch uns bewusst an die Spitze der Tagesordnung gestellt, weil wir es für notwendig hielten – sozusagen auf halber Strecke eine Zwischenbilanz zu ziehen und uns über die Fortführung unserer Arbeit im kommenden Kalenderjahr zu verständigen. Das ist aus unserer Sicht auch deshalb erforderlich, weil wir uns an einem nicht unwichtigen Schnittpunkt der Arbeit befinden:

- Der 3. Parteitag hat mit seiner dritten Tagung in Dresden seine Arbeit beendet und die 1. Tagung des 4. Parteitages ist für den 15. und 16.02.2014 nach Hamburg einberufen (Europaparteitag und Bundesvertreterversammlung zur Aufstellung der Kandidatenliste). Das ist mit der am heutigen Tag vor uns stehenden Aufgabe verbunden, unsere Delegierten zu diesem Parteitag zu wählen.

Dabei haben wir zugleich auch im Blick, dass die 2. Tagung dieses Parteitages, bereits für den 10. und 11. Mai in Berlin geplant ist, auf dem turnusmäßig die Wahl des Parteivorstandes ansteht und Statutenfragen zu regeln sind.

- Eine weitere Zäsur unserer Arbeit war mit der Bundestagswahl gegeben, was üblicherweise auch mit der Bilanzierung der bisher geleisteten Arbeit und ihrer Neuausrichtung für die nun anstehenden Aufgaben verbunden ist.

Nach dem Motto „Nach der Wahl ist vor der Wahl“ – liegen nun, mit dem Jahr 2014, vor uns, die Wahlen zum Europaparlament sowie eine Vielzahl von Wahlen auf Länderebene und im kommunalen Bereich:

Mai – Wahlen zum Europaparlament;

Sommer 2014 Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen, im **Herbst** in Brandenburg; **Frühjahr 2015** Bürgerschaftswahlen in Hamburg und Bremen.

Was die **Kommunalwahlen** betrifft, so steht uns im Mai ein wahrer Wahlmarathon ins Haus: Brandenburg, NRW, Rheinland-Pfalz, Saarland, Baden-Württemberg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Sachsen, Thüringen und Hamburg.

(15 !) All das erfordert - wie immer – ein enormes Pensum an Arbeit.

- Nicht zuletzt halten wir eine solche Zwischenbilanz auch deshalb für erforderlich, weil wir bekanntlich mit unserer letzten Hauptversammlung einige einschneidende Weichenstellungen für die Gestaltung unserer Arbeit vorgenommen und statuarisch neu geregelt haben. Nun müssen wir kritisch prüfen, wie das funktioniert, was sich bewährt hat und was zu verändern ist.

Das alles in Rechnung stellend, wollen wir uns in unserem Zwischenbericht auf zwei Schwerpunkte konzentrieren:

Erstens

Wie es gelungen ist, das Potenzial der Seniorenpolitik im Wahlkampf zu nutzen und welche Rückschlüsse sich daraus - hinsichtlich unserer Arbeit - für die kommenden Herausforderungen ergeben?

Zweitens

Wie sind wir als Bundesarbeitsgemeinschaft darauf inhaltlich und organisatorisch aufgestellt und welche Überlegungen gibt es, für unser Herangehen an die Arbeit im Jahr 2014.

Zu 1.:

Seniorenpolitik war für uns nie Selbstzweck und wir betrachten es deshalb auch als einen Vorzug unserer Arbeit, dass sie sich nie verselbstständigt hat, sondern immer – jedenfalls aus unserer Sicht – Bestandteil der Gesamtpolitik unserer Partei war und ist und so auch in diese eingebettet werden muss.

Das steht durchaus nicht im Widerspruch dazu, dass wir natürlich mit der Spezifik unserer Arbeit auch einen eigenständigen Beitrag zum unverwechselbaren Profil unserer Partei leisten. Dabei ist uns bewusst, nur dass was wir selbst zu leisten vermögen, wird sich auch innerhalb unserer Partei und nach außen umsetzen lassen. Der Erfolg hängt demzufolge letztlich immer von uns selbst, von unserer eigenen Arbeit und ihrer Wirksamkeit ab.

„Das Potenzial der Seniorenpolitik im Wahlkampf“ nutzen, das war – wenn ihr Euch richtig erinnert – die Überschrift eines Briefes des Bundessprecherrates an die Vorsitzenden, den Bundesgeschäftsführer und den Vorsitzenden der Bundestagsfraktion der Partei, der durch uns im Dezember 2012 verabschiedet wurde.

Daran sei nochmals erinnert (und er liegt auch hier nochmals für alle aus), weil dieser Brief nichts an seiner Gültigkeit verloren hat und so auch für die jetzt bevorstehenden Wahlkämpfe als Leitlinie und Orientierung gelten kann und muss. Das entspricht auch ganz unserer Auffassung, nicht immer und bei jeder Gelegenheit etwas Neues in die Welt zu setzen, sondern am gemeinsam erarbeiteten und Bewährtem fest zu halten.

Unsere Grundsätze sind in den „Seniorenpolitischen Standpunkte“ fixiert. Sie haben Bestand und wir müssen gemeinsam weiter daran arbeiten, dass sie auch zum Allgemeingut innerhalb der Partei auf allen Ebenen werden. Das trifft im gleichen Maße auf die Seniorenpolitischen Positionen zu, die durch die Bundestagsfraktion erarbeitet und veröffentlicht wurden. Daran können sich sowohl Länder wie auch die Kommunen orientieren, wenn es um die Ausformulierung eigener seniorenpolitischer Standpunkte geht.

Es bleibt dabei, Kernpunkte unserer Seniorenpolitik sind:

- Wir treten ein für eine neue Kultur des Alters, wie sie auch im Altenbericht der Bundesregierung gefordert, in der Praxis jedoch in keinster Weise umgesetzt ist. Es geht um ein Leben in Würde, selbstbestimmt und ohne jegliche Diskriminierung. Wozu auch Seniorenmitwirkungsgesetze und Seniorenvertretungen in Wahrnehmung staatsbürgerlicher Rechte und der Durchsetzung spezifischer Interessen von Seniorinnen und Senioren gehören.
- Das verlangt weiterhin, die Schaffung aller erforderlichen Bedingungen für eine umfassende, dem Bedürfnissen und Möglichkeiten entsprechenden Teilhabe am Leben – in der Arbeitswelt, im Bildungsbereich, in der Politik, im kulturellen sowie sportlichem Bereich - kurz in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens.
- Nicht zuletzt gehören dazu auch eine armutssichere Rente, eine entsprechende Gesundheitsversorgung und Gesundheitsvorsorge bis hin zu Betreuung und Pflege sowie die Verfügbarkeit von entsprechendem Wohnraum und ein funktionierender Mieterschutz. Das schließt übrigens das gesamte Wohnumfeld ein, einschließlich möglicher sozialer und generationsübergreifender Kontakte.

Wenn man in Betracht zieht, was hinter diesen Forderungen steht, so wird mit aller Deutlichkeit klar, die Basis dafür liegt vor allem auch in einer erfolgreichen Kommunalpolitik, in der diese Forderungen aufgegriffen und umgesetzt werden.

Seniorenpolitik aus kommunaler Sicht ist übrigens auch der im Koalitionsvertrag fixierte Schwerpunkt für den nächsten Altenbericht der Bundesregierung 2015. Wir sind also gut beraten, mit Nachdruck an diesem Thema dran zu bleiben..

Eine generelle Wertung der Wahlen liegt für alle in Gestalt abrufbarer Analysen vor, so das an dieser Stelle darauf verzichtet werden kann. Nicht verzichten möchten wir darauf, allen hier nochmals den herzlichsten Dank für die in dieser Zeit geleisteten Arbeit auszusprechen, Arbeit die wesentlich zum Gesamterfolg beigetragen hat.

Wenn man die Wahlergebnisse aus der Sicht unserer Spezifik einer detaillierteren Betrachtung unterzieht, zeigen sich sowohl Stärken wie auch Schwachpunkte.

Last uns einige davon nennen:

- Wenn man die Altersstruktur unserer Wähler betrachtet, so liegt der Anteil unserer Wähler im Vorrentenalter und im Renteneintrittsalter über den allgemeinen Durchschnitt. Dazu hat sicher auch beigetragen, dass wir als einzige Partei über ein in sich schlüssiges Rentenkonzept verfügen, mit dem auch im Vorfeld der Wahlen offensiv gearbeitet wurde. Dazu gehört auch die konsequente Forderung nach der überfälligen Angleichung der Rentenwerte Ost und West, nach Tilgung der so genannten Überführungslücken sowie der Rücknahme der Anhebung des Renteneintrittsalters.

In den gängigen Analysen wurden auch die Kompetenzfelder, die einzelnen Parteien zuzuordnen sind, abgefragt. Und da besitzen wir bei genauerem Hinsehen - neben sozialer Gerechtigkeit, angemessenen Löhnen und der strikten Ablehnung von Militäreinsätzen - ein absolutes Alleinstellungsmerkmal. Bei unseren Kompetenzbereichen wird „Altersvorsorge“ benannt, was sonst bei keiner anderen Partei auftaucht.

Mit diesem Pfund gilt es in den kommenden Wahlkämpfen zu wuchern, denn nach einer Studie des DGB rechnen 42 % der Beschäftigten nicht damit, dass die gesetzliche Rente künftig zum Leben reicht. Nur 18 % glauben, damit im Alter gut leben zu können.

- Damit im Zusammenhang sind weitere Fakt aus den Wahlanalysen für uns aufschlussreich.

In der Altersgruppe der über 70jährigen, den Erstwählern und der Altersgruppe bis 24 Jahre, liegt der Anteil unserer Wähler unter dem sonst erreichten Durchschnitt von 9%.

Eine Mehrheit der Wähler sagt – unabhängig von der Wahlentscheidung – das die Linke die Dinge beim Namen nenne und sich für die sozial Schwachen einsetzt – aber die Probleme letztlich nicht lösen kann – nicht finanzierbar, keine Regierungsfähigkeit usw. So wandern die Stimmen dann doch zu CDU und SPD. (Ich komme deshalb auf die absoluten Zahlen noch einmal zurück!) Was die Jüngeren betrifft, so wandern deren Stimmen – insofern sie überhaupt zur Wahl gehen - eher zur AfD und den Piraten, weil man denen zutraut, ein Sprachrohr der Jüngeren zu sein.

Was den mit der Stimmabgabe verbundenen Vertrauensvorschuss für andere Parteien betrifft, so zeigen Koalitionsverhandlungen und deren bisherige Ergebnisse sehr deutlich, wie Versprechen gebrochen und vertrauen verspielt wird. Nicht fehlende Finanzen, sondern übervolle Rentenkassen führten dazu, dass man sich über den künftigen Rentenkurs lange nicht einigen konnte. Statt offensiv gegen die offen zutage tretende Altersarmut vorzugehen, will man aus diesem Topf Haushaltslöcher schließen, z. B. zur Finanzierung des Betreuungsgeldes. Übrig geblieben sind Mütterrente und Lebensleistungsrente – wohlklingende Worthülsen, statt Inangriffnahme der längst fälligen, anstehenden Probleme.

Im Originaltext des Koalitionsvertrages liest sich das dann so: *„Die Erfolgsgeschichte der steigenden Beteiligung Älterer am Erwerbsleben in Folge der Rentenreform wollen wir fortschreiben.“*

Konkret auf der Strecke geblieben ist dabei auch Angleichung der Rentenwerte Ost und West. Diese soll erst ab 2019, also 30 Jahre nach der Vereinigung in Kraft treten. Das hat sich nicht einmal die letzte Schwarz-Gelebe-Regierung getraut, so in den Koalitionsvertrag zu schreiben. Da wurde die Rentenangleichung versprochen und bekanntermaßen skrupellos gebrochen.

Es gelingt uns noch nicht genügend die Behauptungen von fehlender Finanzierbarkeit und angeblicher Alternativlosigkeit zu entlarven und unsere durchaus vorhandenen Alternativen dagegen zu setzen. Es muss Schluss damit sein, den sich vollziehenden

demografischen Wandel nur als Kostenfaktor zu betrachten, damit Einschnitte ins Sozialsystem zu rechtfertigen und zugleich die diesem Prozess innewohnenden Möglichkeiten und Chancen zu ignorieren. Und es muss Schluss damit sein, den Jüngeren – wie auch den Älteren – einzureden, einer lebe auf Kosten des Anderen um somit die Aufkündigung des Generationsvertrages zu rechtfertigen.

Trotz der bis hierhin positiven Wertung des Wähleranteiles der Älteren darf nicht übersehen werden, dass das Potential bei weitem nicht ausgeschöpft ist.

In absoluten Zahlen ausgedrückt heißt das:

Von den über 20 Millionen Wählern im Rentenalter, konnte die CDU nahezu 50 % für sich gewinnen und die SPD immerhin noch 28 % - für uns stehen hier lediglich 8 %.

Gerade unter der älteren Generation liegt - neben Nichtwählern und Erstwählern - noch ein gewaltiges Potential, das es zu gewinnen gilt. Wiederholen wir nicht die Torheit der Fernsehmacher, die in der Jagd nach Einschaltquoten, die ältere Generation schon abgeschrieben haben. Und machen wir uns nichts vor, auch in unserer Partei gibt es solche Erscheinungen.

Und auch das vorgeschobene Argument, es gehe dabei schließlich um die Zukunft, hält angesichts der Prognosen der Bevölkerungsentwicklung in keiner Weise stand.

In einer Veröffentlichung des wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages, zum Tag der älteren Menschen, am 01. Oktober, liest sich das in aller Klarheit so:

„Die Gesellschaft wird immer älter. Während die Lebenserwartung steigt und die Zahl der älteren Menschen wächst, sinkt der Anteil der Jüngeren. Die Zahl der Menschen im erwerbsfähigen Alter sinkt in Deutschland bis 2030 von rund 59 Millionen auf etwa 42 bis 43 Millionen.“

Die bisherigen Antworten – Einschnitte im Sozialsystem, Erhöhung des Rentenalters usw. – führen in die Sackgasse. Die Koalitionsverhandlungen zeigen, dass die künftige Große Koalition – wenn es denn dazu kommt - diese Fehlentwicklungen nicht stoppen wird. Und das, entgegen aller Wahlversprechungen – in denen z. B. die SPD die Rücknahme der Anhebung des Rentenalters auf ihre Fahnen geschrieben hatte. Vorbei an allen Realitäten, denn zu dieser Frage musste selbst die Bundesregierung ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage unserer Bundestagsfraktion eingestehen, dass zur Zeit nicht einmal 29,8 Prozent der 60 bis 64 jährigen in einer sozialversicherungspflichtigen Tätigkeit stehen.

Die Gesellschaft kann auf Dauer nicht auf Lebenserfahrung, Engagement, Tatkraft und Reife der Älteren verzichten. Doch wie das geschehen und gewährleistet werden soll, das erfordert ein Umdenken in allen Bereichen und auch von uns neue Lösungsansätze und eine verstärkte Zuwendung zu dieser Altersgruppe – zu der wir, das ist unser Vorzug, auch selbst gehören.

Dazu braucht unsere Stimme weit mehr Gehör und Gewicht. Politik und Gesellschaft stehen in der Verantwortung, ältere Menschen durch geeignete Rahmenbedingungen dabei zu unterstützen, so lange wie möglich engagiert und selbstständig leben zu können. Für uns – BAG, Bundestagsfraktion und PV, in Gemeinschaft - wird es darauf ankommen, den im Mai 2015 in Frankfurt am Main geplanten 11. Deutschen Seniorentag, offensiv zu nutzen, um unsere eigenen Vorstellungen und Forderungen in die Öffentlichkeit zu bringen. Das erfordert langfristige konzeptionelle Arbeit.

Zunehmendes Alter wirft - wie wir wissen – hinsichtlich Engagement und Mobilität auch zunehmende Probleme auf, die nicht übersehen werden dürfen. Die Gruppe der Hochaltrigen ab 80 Jahre nimmt am schnellsten zu. Laut Statistischem Bundesamt wird es im Jahr 2060 fast so viele über 80-Jährige geben, wie unter 20-Jährige. Bis 2020 nimmt so auch die Zahl der pflegebedürftigen Menschen von derzeit über 2 Millionen auf knapp 3 Millionen zu.

Der genannte Rückgang unserer Wähler in der Altergruppe über 80 Jahre steht zweifelsfrei auch damit im Zusammenhang, dass wir hier mit unseren Überlegungen erst am Anfang stehen. Wir stehen vor der Herausforderung auch auf diesem Gebiet schlüssige Konzepte zu entwickeln und im Interesse der Betroffenen unsere Forderungen klar zu formulieren.

Das geht nur gemeinsam mit den Sozialverbänden und über eine größere Zuwendung zu den in diesem Bereich Tätigen, die unsere natürlichen Verbündeten sind und über die wir vor Ort auch unser Gesicht zeigen können.

In diesem Zusammenhang empfehlen wir eine gründliche Beschäftigung mit dem im Oktober veröffentlichten Sozialreport der Volkssolidarität.

Liebe Genossinnen und Genossen,

aktive Seniorenpolitik als Politikfeld unserer Partei immer aufs neue in die Gremien der Partei hineinzutragen und dauerhaft zu verankern, dass bleibt für uns ein ständiger Kampf. Wir wollen mit der Novemberausgabe des Mitgliedermagazins „Disput“ den Versuch unternehmen, auch unsere Mitgliedschaft in ihrer Gesamtheit dafür zu sensibilisieren.

(Da der Disput angesichts der angespannten Finanzlage der Partei zur Disposition steht, ist an dieser Stelle wohl angesagt unsere Solidarität zu bekunden und uns für den Fortbestand ein zu setzen.)

Zu 2.:

Der folgende Teil unseres Zwischenberichtes ist damit befasst, wie wir als BAG inhaltlich und organisatorisch aufgestellt sind und welche Überlegungen es zur Weiterführung unserer Arbeit für das folgende Jahr gibt.

Unsere BAG war eine der ersten, an einem spezifischen Sachthema orientierten Zusammenschlüssen unserer Partei. Ihre Wurzeln reichen zurück in die Anfangsjahre der PDS. Mit der Wahrung der eigenständigen Interessen der Senioren in den neuen Bundesländern und mit dem über sie gekommenen Rentensystem der BRD, gab es schnell konkrete Herausforderungen und eine breite Basis für unser Wirken.

Im Zusammenhang mit der Neugestaltung der Informationstafeln der BAG, war ich in den letzten Tagen erneut gründlicher mit den Fragen befasst:

„Wer sind wir? Woher kommen wir? Was wollen wir? und Wie arbeiten wir?“

Ich freue mich ganz persönlich Genossinnen und Genossen im Raum zu sehen, die zu den Aktivisten der ersten Stunde gehörten und auch heute noch aktiv dabei sind: Elfriede Juch, die gemeinsam mit ihren Mitstreitern mit dem Seniorenklub einen unschätzbaren Beitrag leistet, Helmut Schieferdecker (beide Mitunterzeichner der Gründungsurkunde), Edith Udhardt, Gisela Damm oder auch Siegfried Heger.

Natürlich sind die Aufgabenfelder breiter und die Dimensionen größer geworden, doch wir zehren von diesem aufgehäuften Erfahrungsschatz und wir werden im kommenden Jahr, mit dem neu gestalteten Tafelwerk, dafür Sorge tragen, dass für alle der Zugriff darauf möglich wird und wir damit auch in die Öffentlichkeit gehen können.

Mit dem Zusammenschluss von WASG und PDS haben wir – ohne die Unterschiede zu übersehen - auch im Westen dauerhaft Fuß gefasst. Mit über 1.000 eingetragenen Mitgliedern (1.195 mit Stand vom 31.12.2012) sind wir einer der zahlenmäßig stärksten Zusammenschlüsse, was uns verpflichtet, dieses Gewicht noch stärker zur Geltung zu bringen.

Wir sind mit insgesamt vier Delegierten, die heute neu zur Wahl stehen, auf dem Bundesparteitag vertreten und mit Genossin Steffi Deutschmann hatten wir uns Sitz und Stimme im Bundesrat. Ihnen allen gebührt unser Dank für die geleistete Arbeit.

Stärke und Stabilität der einzelnen LandesAG´s, die in ihrer Summe letztlich unsere Kraft bestimmen, muss weiterhin differenziert betrachtet werden:

Über die nicht nur zahlenmäßig stärksten LAGs verfügen wir in Thüringen und NRW; Stabile Verhältnisse gibt es in Sachsen, Sachsen-Anhalt und in Berlin; Arbeitsfähige AG´s gibt es im Saarland; in Mecklenburg-Vorpommern - wo man sich neu strukturiert hat - und in Brandenburg – wo momentan ein Generationswechsel vollzogen werden muss.

In Niedersachsen gibt es einen Kern auf dem aufgebaut werden kann und auch in Hamburg und Bremen gibt es das ungebrochene Bemühen Einzelner, eine breitere Basis für die künftige Arbeit zu schaffen, was in Bremen bereits zu greifbaren Erfolgen führte und sich mit dem Blick auf die bevorstehenden Wahlen hoffentlich weiter erfolgreich gestaltet.

Wiesse Flecken haben wir in Bayern, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz; jetzt auch in Schleswig-Holstein, wo die Arbeit zum Erliegen gekommen ist. Auch in Hessen verfügen wir noch nicht über eine arbeitsfähige AG – was sich mit dem Blick auf den Seniorentag 2015 unbedingt ändern muss. Wir sind zur Mitwirkung bereit.

Mit der Arbeitsplanung 2013 hatten wir hochfliegende Pläne, die vor allem zum Ziel hatten, die Länder stärker einzubinden und so mehr in die Breite und in die Öffentlichkeit zu kommen. Geplant waren Veranstaltungen gemeinsam mit der LAGs Berlin, NRW und Thüringen. Diese Rechnung ist aus verschiedensten Gründen nicht voll aufgegangen und war - im kritischen Rückblick - wohl auch eine Überforderung.

Was die Veranstaltung in Dresden betrifft, gab es inhaltlich und organisatorisch Kommunikationsprobleme. Die im Landesverband Sachsen geplanten Aktivitäten – eine Landesseniorenkonferenz zum Thema „Altersarmut: Situation / Perspektiven / Alternativen“ sowie die Beschäftigung mit dem Thema „Seniorinnen und Senioren im ländlichen Raum“ wurden davon unbenommen ein großer Erfolg. Wir sind dazu im Gespräch, wie wir die gewonnenen Erfahrungen für alle nutzbar machen können.

Zu den ursprünglich geplanten Veranstaltungen in NRW und Thüringen haben wir uns auf unserer letzten Tagung ausführlich verständigt und entschieden, die Veranstaltung in Hamm ersatzlos zu streichen – weil die Grundlagen nicht mehr gegeben waren.

Die gemeinsam mit Thüringen geplante Veranstaltung wurde ins I. Quartal nächsten Jahres verlegt.

Trotzdem können wir für den Zeitraum seit der letzten Hauptversammlung, im Oktober 2012, auf eine beachtliche Bilanz verweisen.

Es fanden mit der heutigen Hauptversammlung vier Zusammenkünfte statt:

Sprecherratstagung am 04. Dezember 2012 in Berlin:

Verständigung zur Arbeitsweise und zum Arbeitsplan; Orientierung für das Herangehen an die Bundestagswahl – wozu der bereits genannte Brief „Potenzial der Seniorenpolitik im Wahlkampf“ verabschiedet wurde.

Veranstaltung zur Seniorenpolitik im europäischen Rahmen, am 2. April 2013, in

Berlin, unter Federführung der Landes-AG-Berlin und zusammen mit Vertretern unserer Fraktion im Europaparlament und zahlreichen Gästen aus Sozialverbänden. Hier hat unsere auf der letzten Hauptversammlung geübte massive Kritik Früchte getragen und wir haben Ergebnisse erreicht, auf die nun im Zuge des Europawahlkampfes zurückgegriffen werden kann. Die Diskussion zum Europawahlprogramm hat begonnen und wir sollten uns entsprechend einbringen

Sprecherratstagung am 11. Juli 2013, in Berlin: Auswertung Parteitag, Schlussetappe im Wahlkampf und Verständigung zur Weiterführung der Arbeit der BAG im zweiten Halbjahr.

Zu all diesen Veranstaltungen und Beratungen wurden entsprechende Informationen ins Netz gestellt – was ja auch euren Forderungen entsprach - , weshalb auf eine weitere inhaltliche Darstellungen verzichtet werden soll.

Für die Arbeitsplanung 2014 sollten wir uns auf drei Veranstaltungen konzentrieren:

- Bereits gesetzt ist die vertagte Beratung, die gemeinsam mit dem Landesverband Thüringen in Angriff genommen wird. Sie soll sich mit den Ergebnissen des Hamburger Parteitages sowie unseren Schlussfolgerungen für die Wahlkämpfe 2014 befassen und inhaltlich auf kommunalpolitische Fragen ausgerichtet sein.
- Eine zweite, nach dem Berliner Parteitag eingeordnete Sprecherratstagung, sollte in Berlin angesiedelt sein und sich in Auswertung des Parteitages mit unseren Erwartungen an den neu gewählten Parteivorstand befassen. Anzustreben ist eine Berichterstattung vor dem PV mit entsprechender Beschlussvorlage zur Erhöhung der Wirksamkeit.
- Mit einer dritten Veranstaltung würden wir gern die Erfahrungen der LAG Sachsen aufgreifen, die im Bezug auf den ländlichen Raum gesammelt wurden, wobei nach unserer Kenntnis auch Fragen der Gesundheitsvorsorge berührt werden.

Damit bin ich bei einem letzten Problem, was sich für uns in der Vergangenheit als erheblicher Mangel erwiesen hat - unserem Zusammenwirken mit den zentralen Gremien - Bundestagsfraktion und Parteivorstand.

Nicht das eine solche Zusammenarbeit nicht stattgefunden hat. Wir konnten nahezu auf all unseren Veranstaltungen Gäste aus den Reihen der Fraktion oder des Parteivorstandes begrüßen.

Hervorheben möchten wir - Bundesgeschäftsführer Mathias Höhn, das Mitglied des PV Martin Schirdewan, der heute erneut, zusammen mit den weiteren Gästen aus unserer Bundestagsfraktion begrüßt werden konnte.

Was wir jedoch kontinuierlich und dauerhaft brauchen, sind neben solch lieben und stets sehr willkommenen Gästen, feste Ansprechpartner.

Deshalb, liebe Gäste, nehmt von unserer heutigen Hauptversammlung unsere Erwartungshaltung an Euch mit auf den Weg:

- Wir hoffen in der Fraktion einen festen Ansprechpartner zu finden, über den alle die Seniorenpolitik berührenden Fragen komplex zusammengeführt werden. Die in der Vergangenheit gegebene Zersplitterung in Teilbereiche hat bisher unsere Zusammenarbeit schwierig und für beide Seiten uneffektiv gestaltet. Um so wertvoller war für uns die koordinierende Rolle von Silvia, auf deren Mitwirkung wir im Sprecherrat auch in Zukunft nur ungern verzichten würden.
- Auch den PV bitten wir, spätestens mit der Neuwahl und Neukonstituierung zu überdenken, ob die bisherige Praxis generell keine Ansprechpartner für Zusammenschlüsse zu benennen, beibehalten wird. Der Eintrag einzelner Mitglieder in Wunschlisten, führte in der Vergangenheit dazu, dass wir nur auf dem Papier eine Interessentin für unsere BAG hatten, die wir jedoch im Berichtszeitraum nicht einmal zu Gesicht bekommen haben.
Ein solches Vorgehen, keine festen Vertreter für Zusammenschlüsse im PV zu verankern, mag für ideologisch geprägte Plattformen usw. sinnvoll sein, für Zusammenschlüsse, die einzelne inhaltliche Wirkungsfelder der Partei belegen (Gesundheitspolitik, Seniorenpolitik, Ökologie usw.) ist das eher kontraproduktiv.

Wir haben unsere diesbezüglichen Erwartungen auch mit unseren Glückwünschen zur Wahl einzelner Genossen verbunden und dazu interessante Rückantworten erhalten, die wir hier auch allen zur Kenntnis geben wollten.

Damit möchte ich dieser etwas kritische Passage des Berichtes einen optimistischen Abschluss geben:

„Liebe Karin, Lieber Wilhelm,

für Eure guten Wünsche und die Gratulation zur Wiederwahl in den Bundestag im Namen der Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren, möchte ich mich herzlich bedanken.

Auch ich bin der Meinung, dass die Zusammenarbeit in den letzten Jahren konstruktiv und vertrauensvoll war. Gerne werden wir diese in den kommenden weiter ausbauen Und festigen.

Die Aufgaben der BAG Senioren, für Generationengerechtigkeit und solidarisches Mit-Einander aller Generationen sowie für eine aktive Partizipation am gesellschaftlichen Leben einzutreten, wird immer meine volle Unterstützung haben.

Ich freue mich auf die weitere Zusammenarbeit mit Euch.

*Mit solidarischen Grüßen
Katja Kipping*

